

## Liebe Kolleginnen!

Das Jahr 2019 hat bereits begonnen — wir hoffen, dass Sie einen guten Start hatten und wünschen Ihnen Gesundheit und Gottes Segen für das Neue Jahr! Man kann den Eindruck gewinnen, dass in allen Bereichen — Pädagogik, Politik, Wirtschaft, Kirche — alles ungeordnet in Bewegung ist. Lösungen, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, machen doch oftmals einen eindimensionalen Eindruck. Lassen wir uns in unseren Entscheidungen leiten von unserer unverrückbaren Grundlage: unseren festen Glauben!

Ihre

*Roswitha Fiedler*

VkdL-Info 1 / 2019



### Digitalpakt von Bundesländern vorerst gestoppt

Nach dem sogenannten „Digitalpakt Schule“ sollen insgesamt 5 Milliarden Euro vom Bund an die Länder zur Finanzierung von Tablets, Laptops und WLAN für die Schulen gezahlt werden.

Nach dem entsprechenden Beschluss des Bundestages, der im Rahmen des Digitalpakts auch eine Verfassungsänderung mit einer Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bereich der Bildung vorsieht, haben die Bundesländer den Vermittlungsausschuss angerufen, da die geplante Grundgesetzänderung als Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Länder betrachtet und aus diesem Grund abgelehnt wird. Die erste Vermittlungsrunde soll Ende Januar 2019 stattfinden, um eine Einigung zwischen Bund und Ländern herbeizuführen. **Der VkdL gibt zu bedenken:**

- ◆ Für jeden Euro vom Bund muss das Bundesland ebenfalls 1 Euro für das beschlossene Projekt dazugeben.
- ◆ Wer übernimmt die Folgekosten, wenn die digitalen Endgeräte in kurzer Zeit veraltet sind?
- ◆ Wer übernimmt an jeder Schule die Systembetreuung? Mit einer sogenannten „Funktionsstelle“ wie bisher ist es nicht getan.

### Jugendliche mit Migrationshintergrund in Sorge um Zukunft

Nach wie vor sind Hauptschüler/innen eher die Verlierer im Bildungssystem, wie eine jüngste Studie des *Deutschen Jugendinstituts (DJI)* in München bestätigte: Fast 50 % der 1.200 befragten Jugendlichen, die einen Hauptschulabschluss anstreben, sind verunsichert im Hinblick auf ihre eigene Zukunft (2004: „nur“ 37 %). Obwohl es immer mehr unbesetzte Lehrstellen gibt, sei eine große Zahl an jungen Frauen und Männern unsicher bezüglich der Berufswahl, so die Angaben laut KNA-Pressedienst. Besonders verunsichert sind junge Hauptschulabsolventen mit Migrationshintergrund. Die Probleme liegen dabei wohl nicht nur bei einem niedrigen Bildungsstand, sondern auch bei relativ schlechten Deutschkenntnissen, wenn man eine weitere Studie vom *Institut der deutschen Wirtschaft (IW)* mit beachtet: Demnach haben Kinder von Migranten im Erwachsenenalter schlechtere Erwerbchancen. Die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze lag bei Menschen mit Migrationshintergrund bei 14 % (ohne: 6,1%). Überproportional viele 18- bis 20-Jährige „verfolgten 2016 weder einen akademischen noch einen beruflichen Bildungsweg“. **► Der VkdL fühlt sich in seiner Annahme bestätigt, dass Schulen in Sachen Sprachkurse, aber auch im Hinblick auf eine umfassendere Berufsberatung nachlegen müssen. Häufig werden die Jugendlichen mit ihren Zukunftsorgen allein gelassen.**

### Rekord-Einnahmen für die Kirchen trotz sinkender Mitgliederzahlen

Trotz der hohen Austrittszahlen leiden die Kirchen aufgrund des Konjunktur-Effekts noch nicht unter Steuerverlusten. Das könnte sich in den kommenden Jahren, wenn die „Babyboomer“-Generation der heute 50- bis 60-Jährigen pensioniert ist, stark ändern, so die Prognose eines KNA-Berichts vom Dezember letzten Jahres.

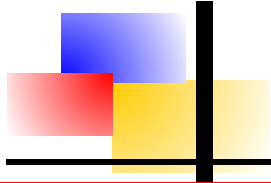
In 2018 nahmen die katholischen Bistümer und die evangelischen Landeskirchen insgesamt 12,6 Mrd. Euro an Kirchensteuern ein, so die veröffentlichte Zahl des *Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)*. Immerhin sind das 500 Mio. Euro mehr als 2017 — parallel dazu verloren die Kirchen pro Jahr 500.000 Mitglieder. Erklären lässt sich die Entwicklung durch die „gute wirtschaftliche Situation“, denn in Bayern werden 8% und im Rest des Landes 9% der Einkommenssteuer einbehalten — bei höherem Einkommen fällt der Steueranteil automatisch höher aus. Nach Angaben des IW sank aber die Kirchenmitgliederzahl von 2004 bis 2017 von 51,6 auf 44,9 Mio., während die Einnahmen seit 2010 Jahr für Jahr über die Inflation hinaus stiegen, wovon der Staat im Schnitt 3% der Kircheneinnahmen einbehalten darf. Das IW geht davon aus, dass der Trend bis 2023 anhält.

**► Der VkdL fordert die Kirchen auf, die Einnahmen sinnvoll zu nutzen, um den großen Mitgliederschwund einzudämmen. Die Gelder sollten vor allem in gute Begleitung und Seelsorge fließen. Darüber hinaus ist der Bereich der Bildung nicht zu vernachlässigen — ein ureigenes Gebiet der Kirche!**

### Antisemitismus nimmt zu — bessere Strafverfolgung der Delikte geplant

Nach Berichten des KNA-Pressedienstes nimmt die Judenfeindlichkeit in Deutschland zu: wie die Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft, *Claudia Vanoni*, der WELT gegenüber zugab, sei dies zwar nicht an der Polizeistatistik direkt abzulesen, aber in persönlichen Gesprächen mit jüdischen Organisationen offenbare sich, dass Jüdinnen und Juden „Antisemitismus von Muslimen als größer werdendes Problem wahrnehmen“.

Vanoni, die bundesweit die **erste Antisemitismusbeauftragte der Strafverfolgungsbehörden** ist, hat angekündigt, dass es zukünftig mehr Fortbildungen insbesondere für Staatsanwälte geben soll, damit Ursachen und Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie antisemitische Motive auf Dauer besser analysiert und erkannt werden. Es geht auch um eine bessere Erfassung antisemitischer Delikte — langfristig möchte man das Vertrauen der jüdischen Gemeinschaft in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden erhöhen. Die meisten Straftaten werden in Berlin gemeldet, was damit zusammenhängt, dass das „Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure“ in Berlin größer ist. Es gibt in der Hauptstadt eine *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus*, deren Zusammenarbeit mit der Polizei gut funktioniert. Vanoni will betroffene Opfer ermutigen, auch tatsächlich Strafanzeige zu erstatten.



### Bistümer und Gemeinden im Umbruch

Das Bild der klassischen Ortsgemeinde könnte schon bald der Vergangenheit angehören. Nicht nur sinkende Mitgliederzahlen und der Priestermangel fordern die Kirche heraus, „Pfarreien neu zu denken“ — so skizzierte der Mainzer **Bischof Peter Kohlgraf** die gegenwärtige Situation bei der Tagung „Bistümer im epochalen Umbruch“ im Januar 2019 im „Erbacher Hof“. Es sei an der Zeit, über neue Pfarreimodelle nachzudenken, meint Kohlgraf. In einer so mobil gewordenen Welt bilde die an einen Ort gebundene Pfarrei kaum noch Schnittmengen mit den Bedürfnissen der Gläubigen. Man müsse sich kritisch die Frage stellen: „Bekommen die Menschen bei uns das, was sie brauchen. Und brauchen sie das, was sie bei uns bekommen?“ Früher habe der Pfarrer sein kirchliches Angebot gemacht und die Menschen kamen — das sei heute anders. Kohlgraf bezeichnete es als **Alarmsignal**, dass 90 % der Katholiken formal Mitglied der Kirche seien und Kirchensteuer zahlten, aber das klassische Angebot der Territorialgemeinde nicht brauchen. „Worauf warten diese Menschen?“, fragt sich Kohlgraf. Die Antwort gab er mit einer Anregung von **Papst Franziskus** („*Evangelii gaudium*“): „Die Seelsorge unter missionarischen Gesichtspunkten verlangt, das bequeme Kriterium ‘Es wurde immer so gemacht’ aufzugeben.“ Nur mit Kreativität, Offenheit und dem Mut, Fehler zu machen, könne man Zukunftsprozesse angehen, meint der Trierer Pastoraltheologe **Martin Lörsch**.

### Digitale Welt bedroht Gesundheitszustand vieler Kinder

Seitdem das Smartphone wie selbstverständlich zum Leben dazu gehört, haben sich die Bildschirmzeiten bei vielen Jugendlichen verändert: Schülerinnen und Schüler laden nachts zwar die Akkus ihrer smarten Begleiter auf, vergessen aber, dass sie auch selbst ausreichend Schlaf benötigen, um am nächsten Tag fit zu sein. Eine von der Krankenkasse DAK in sechs Bundesländern durchgeführte Studie mit einer Stichprobe von rund 9.300 Schülerinnen und Schülern (5. bis 10. Klasse) brachte klare Ergebnisse zutage: Rund 48 % der Mädchen leidet unter Schlafmangel in Zusammenhang mit Stress. „Die Smartphones rauben den Schülern den Schlaf“, sagt Studienleiter Reiner Hanewinkel. „Die Schüler laden ihre eigenen Batterien nicht mehr ausreichend auf“, so sagt DAK-Vorstandsvorsitzender Andreas Storm. Vor allem ältere Schüler bekommen mit etwa 7 Stunden zu wenig Schlaf für ihr Alter. (KNA, 15.1.2019) ► **Der VkdL sieht bei Mädchen vor allem das ständige Chatten als Problem. Da eine rasche Reaktion bei Facebook, Twitter, Instagram & Co. eine Anpassung erfordert, setzen sich Mädchen meist selbst unter Druck. Das ist weder für Körper & Geist noch für die schulische Leistung von Vorteil.**

### Wort und Unwort des Jahres 2018

Sprache ist immer ein Ausdruck des gegenwärtigen Zustandes einer Gesellschaft: Sie gibt eine Befindlichkeit und Sensibilisierung innerhalb der Bevölkerung wieder. Das „Wort des Jahres 2018“ lautet: **Heißzeit**. Darin drückt sich nicht nur der gigantisch heiße Sommer des vergangenen Jahres aus, sondern auch die Sorgen im Hinblick auf den Klimawandel, so die Jury der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ (GfDS) in Wiesbaden.

Das „Unwort des Jahres 2018“ lautet: **Anti-Abschiebe-Industrie**. Mit diesem radikalen Begriff benannte der CSU-Politiker **Alexander Dobrindt** im Mai 2018 die Klagen gegen eine Abschiebung abgelehnter Asylbewerber — in seinen Augen eine Sabotage des Rechtsstaates. Die Jury bewertet dieses „Unwort“ als Dokument für die veränderten Sagbarkeitsregeln, die sich in unserer Demokratie merklich verschoben haben.

### Trennung bewirkt Stress bei Kindern

Wenn Kinder getrennt lebende Eltern haben, klagen sie öfter über stressbedingte Müdigkeit, Magenschmerzen oder Erschöpfung. Oft sind sie auch unkonzentriert, traurig, ängstlich oder ziehen sich zurück — Lehrkräfte beobachten das immer wieder. Nun bestätigte eine Forsa-Studie, bei der 1.000 Eltern von 6- bis 18-Jährigen befragt wurden, diese Erfahrung. Während der Nachwuchs aus intakten Familien nur in 17 % der Fälle unter stressbedingter Erschöpfung und Müdigkeit leidet, klagen 26 % der Trennungskinder über diese Gesundheitsprobleme. Besonders verbreitet sind Kopfschmerzen und Bauch-/Magenschmerzen (jeweils 21 %). Kommen dann noch Probleme wie Mobbing oder Leistungsdruck dazu, sind die Kinder in echter Not.

### „Gute-Kita-Gesetz“ seit 1. Januar 2019 in Kraft

Zum Beginn des neuen Jahres ist das sogenannte „Gute-Kita-Gesetz“ in Kraft getreten. Festgelegt wurde, dass der Bund bis 2022 insgesamt 5,5 Mrd. Euro zur Verbesserung der Kinderbetreuung investieren wird. Entsprechende Ziele wie die Reduktion der Elternbeiträge und die Freistellung einkommensschwacher Familien von den Kita-Gebühren sollen in individuellen Verträgen zwischen Bund und Ländern geregelt werden. Trotz erklärter Zielsetzung des Bundes, die Länder dauerhaft zu unterstützen, sieht das Gesetz eine zeitliche Begrenzung vor, was vielfach kritisiert wird. Als Schwäche des Gesetzes wird auch die mangelnde Festlegung der Verwendung der Mittel angesehen. **Eine genauere Analyse unserer Juristin lesen Sie in der kommenden Doppelausgabe der „Katholischen Bildung“ 3 + 4 / 2019!**

### Gentests an Embryonen — Sollen Krankenkassen bezahlen?

**Bundesgesundheitsminister Jens Spahn** (CDU) hat es in die Diskussion gebracht: Spahn kann sich durchaus vorstellen, dass die ethisch umstrittene Präimplantationsdiagnostik (PID) für Paare, die trotz erblicher Vorbelastungen ein Kind bekommen wollen, von den Krankenkassen bezahlt wird. Laut KNA-Bericht geht dies aus einem Änderungsantrag zum Terminservice-Gesetz hervor — dieser liegt dem RedaktionsNetzwerk Deutschland vor. Spahn bezieht sich dabei auf den Beschluss des Bundestages von 2011, **die PID in eng begrenzten Ausnahmefällen zu erlauben**. Da die PID bis zu 20.000 Euro kosten kann, wäre dies eine enorme finanzielle Entlastung. Voraussetzung für eine Kostenübernahme wäre, dass die betroffenen Paare verheiratet sind. Die katholische Kirche kritisiert diese Liberalisierung, da die PID automatisch eine Selektion einschließt und mit der Diskriminierung Behinderter einhergeht. **Der VkdL schließt sich dieser Haltung an, da der Lebensschutz und die Würde des Menschen durch die Liberalisierung der PID weiter aufgeweicht werden. Wenn menschliches Leben an Funktionalität und praktischen Nutzen gekoppelt wird, ist ein Dambruch hin zur „Tötung unwerten Lebens“ und zur Manipulation in der Medizin nicht mehr weit.**